

Aus Bund und Ländern

**Arzneimittelgesetz: Forderungen für die Patienten**

KÖLN. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat die Bundesärztekammer und ihren zuständigen Fachausschuß, die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, aufgefordert, zum Referentenentwurf zum 2. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes Stellung zu nehmen.

Daß ein großer Teil der Vorschläge der Ärzteschaft, die sie im Interesse einer besseren Arzneiver-sorgung ihrer Patienten zum derzeitigen Gesetz gemacht hatte, 1976 „unter den Tisch“ fiel, haben beide inzwischen schmerzlich erfahren: „Horror-Waschzettel infolge Wegfalls einer überprüften Arz-tinfor-mation und unerklärliche Überempfindlichkeitsreaktionen durch nicht zu deklarierende Hilfsstoffe – um nur zwei Beispiele zu nennen.

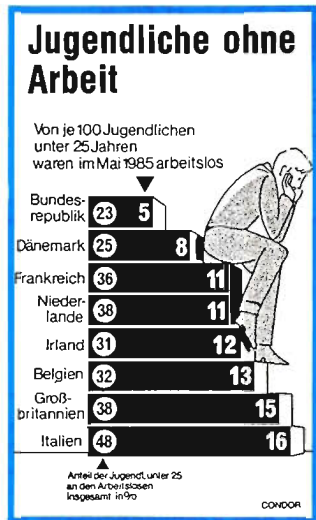
Die Bundesärztekammer fordert daher in der jetzt von ihr erbetenen Stellungnahme unter anderem:

1. Jeder Pharmahersteller muß neben dem im Gesetz geforderten Herstellungs-, Kontroll- und Vertriebsleiter auch einen verantwortlichen *ärztlichen* Leiter haben;
2. Alle bedenklichen Hilfsstoffe sind zu deklarieren;
3. Die Zulassung von unzweckmäßigen Kombinationspräparaten ist zu unterbinden;
4. Die einwandfreie pharmazeutische Qualität aller in Apotheken erhältlichen Arzneimittel muß sichergestellt sein;
5. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine patien-

tengerechte Packungsbeilage sind zu schaffen;

6. Die „Kleinfuhr“ bedenklicher Arzneimittel aus dem Ausland ist zu unterbinden.

Die Bundesärztekammer und ihre Experten erwarten, daß sie zu diesen Forderungen vor der parlamentarischen Beratung gehört werden. KHK



Im Mai dieses Jahres waren in der Europäischen Gemeinschaft – ohne Griechenland und Luxemburg – bei den Arbeitsämtern rund 4,4 Millionen Arbeitslose unter 25 Jahren gemeldet. Das sind 11 Prozent der entsprechenden Altersgruppe oder 36 Prozent aller Arbeitslosen. Die Bundesrepublik Deutschland schneidet dabei in der Achter-Gemeinschaft vergleichsweise gut ab Condor

**Die AOK haben 4600 Lehrlinge**

KÖLN. Die Ortskrankenkassen und ihre Verbände haben nach einer Mitteilung der Arbeitgeberverbände ihre Ausbildungsplätze seit dem Jahr 1982 um fast 30 Prozent vermehrt. In diesem Jahr wurden 1850 Auszubildende eingestellt; die Gesamtzahl der AOK-Lehrlinge beträgt damit etwa 4600. EB

Aus der DDR

**Kontaktverbote auch für Ärzte**

BONN. Nach Erkenntnissen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen sind in der DDR auch Ärzte vom Verbot oder von der Beschränkung des Kontakts mit Bürgern nichtkommunistischer Staaten betroffen. Als Beispiel für Fälle, die selbst aus etwaigen Sicherheitsbewertungen der DDR-Behörden nicht mehr erklärbar seien, nannte das Ministerium unter anderem die Tatsache, daß manche Ärzte in der DDR keine Telefongespräche aus dem Westen annehmen dürfen, auch wenn sich nahestehende Angehörige nach dem Befinden schwerkranker Patienten erkundigen wollen. Eine Übersicht darüber, wie häufig solche Fälle gegenwärtig sind, gibt es beim innerdeutschen Ministerium allerdings nicht. gb

einem Jahr befahl er der medizinischen Fakultät in Rom, einen Numerus clausus einzuführen, was eine gesetzliche Aktion provozierte, um diese Entscheidung rückgängig zu machen und ferner die Regierung verpflichtete, endlich etwas zu tun („Numerus programmatus“ DÄ, 36/85, Seite 2528). bt

**Knapper Impfstoff**

CHICAGO. Haftpflichtkosten werden auch für die Pharmaindustrie in den USA zum Problem. Dies führte jetzt zu einem akuten Mangel an einem trivalenten Impfstoff. Die Gesundheitsbehörden der Bundesstaaten fördern seit einiger Zeit mit großer Energie das Vorhaben, alle Kinder noch vor ihrem ersten Geburtstag gegen Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus zu impfen sowie im 18. Monat und zum vierten Lebensjahr noch eine Auffrischung folgen zu lassen.

Die Impfstoffvorräte, die eigentlich einen Sechsmonats-Bedarf decken sollten, schwinden jedoch, weil einer der drei Impfstoffproduzenten die Produktion wegen der hohen Prämie für die Haftpflichtversicherung eingestellt hat. Der zweite produziert zwar noch, gibt sein Produkt aber an den dritten ab, der die Haftpflicht übernimmt. Und dem dritten passierte es auch noch, daß er eine große Charge wegen mangelhafter Qualität vernichten mußte. In zwei Bundesstaaten, Massachusetts und Michigan, lassen die Behörden inzwischen den Impfstoff selbst produzieren. Um die Vorräte zu strecken, wurden die Haus- und Kinderärzte aufgefordert, die Auffrischungsimpfungen zu verschieben; offenbar wird diese Empfehlung jedoch von den Ärzten nicht befolgt. bt

Ausland

**Beitragssperre**

ROM. Die römischen Zahnärzte brauchen vorerst keinen Sozialversicherungsbeitrag mehr zu bezahlen. Dies hat der Prator der Stadt Rom, Foti, angeordnet. Eine ähnliche Anordnung gilt für Rechtsanwälte. Der Grund für diese Aktion sind die Unterschiede zwischen den Beitragssätzen verschiedener Berufsgruppen, die so erheblich sind, daß beim Verfassungsgericht bereits Klagen wegen Verletzung des Gleichheitsprinzips vorliegen. Die Spanne geht von 1,15 Prozent bei den Staatsangestellten über 2,9 Prozent bei den Krankenhausärzten bis zu 4 Prozent bei den Zahnärzten.

Prator Foti ist für spektakuläre Urteile bekannt. Vor